Antrag 1/III/2026
Jusos Tempelberg
Die KDV möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Kein Konsens)

Eine Rot-Grün-Rote Koalition für Berlin 2026!

Die SPD Tempelhof-Schöneberg unterstützt eine Regierungsbeteiligung der SPD in einer Rot-Rot-Grünen Regierung auf Landesebene in Berlin. Wir fordern die Parteispitze der Berliner SPD sowie die SPD-Fraktion auf, diese Chance für Berlin zu ergreifen und werden uns aktiv dafür einsetzen, dass die Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden. Dabei betonen wir die Wichtigkeit der Berliner Vereinbarung zum Start der Sondierungen zwischen den Parteien zum Kampf gegen Antisemitismus und der organisierten Kriminalität.

Begründung

Wir setzen uns ein für eine Rot-Grün-Rote Koalition für Berlin 2026.

Die SPD Berlin steht an einem Scheideweg. Bereits im Jahr 2023 hat die Berliner SPD eine historische Chance fahrlässig vertan. Anstatt die damals vorhandene rechnerische Mehrheit für ein fortschrittliches Mitte-Links-Bündnis oder eine Erneuerung in der Opposition zu nutzen, flüchtete sich die Partei in die Rolle des Juniorpartners unter Schwarz-Rot. Die Konsequenzen dieses Kurses sind gravierend. Das Vertrauen der eigenen Basis und progressiver Wähler*innenschichten wurde massiv beschädigt. Die schwarz-rote Koalition in Berlin war die unbeliebteste Landesregierung in ganz Deutschland. Die chaotische Kürzungspolitik des Senats hat die Berliner*innen verunsichert. Kai Wegner war so ungeeignet als Regierender Bürgermeister, dass er es am Ende sogar selbst eingesehen und seine erneute Kandidatur zurückgezogen hat. Die SPD als eigenständige soziale Kraft war in der Koalition und darüber hinaus kaum erkennbar.

Die Wähler*innen haben nun ein Mandat für einen politischen Kurswechsel erteilt. Es gibt eine parlamentarische Mehrheit links

der Mitte, die sich auf breite Zustimmung in unserer Stadt stützt. Das Wahlergebnis lässt rechnerisch nur zwei demokratische Optionen für eine Koalition zu: Entweder eine Koalition aus der Linkspartei, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD oder eine sogenannte Kenia-Koalition bestehend aus der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD. Für eine stabile demokratische Mehrheit muss die SPD Regierungsverantwortung übernehmen. Für uns ist dabei folgendes klar: Die Linkspartei hat die Wahl klar gewonnen. Die bisherige Schwarz-Rote Koalition hat klar verloren. Die Linke hat nun den Regierungsauftrag. Gleichzeitig haben bereits vier Abgeordnete der Grünen Jugend angekündigt, keine Kenia-Koalition mitzutragen. Somit bleibt die einzige potentielle stabile demokratische Regierungsmehrheit Rot-Grün-Rot.

Dass die SPD nun wieder regieren “muss , mag aus Parteiperspektive nicht ideal sein. Aus der Opposition heraus neue Ideen zu entwickeln, wäre sicherlich die für die Partei bequemere Position. Aber es geht jetzt nicht darum, was für unsere Partei am besten wäre, sondern darum, was für unsere Stadt das Beste ist. Gleichzeitig bedeutet die Opposition auch, eine etwaige Minderheitsregierung durch Enthaltungen bei zentralen Fragen zu stützen, oder im schlimmsten Fall ablehnende Mehrheiten gegen eine Minderheitsregierung mit der AfD zu haben. Das wird kein verlorenes Vertrauen in die SPD zurückholen.
Wir fordern die Parteispitze der Berliner SPD sowie die SPD-Fraktion auf, diese Chance zu ergreifen und werden uns aktiv dafür einsetzen. In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten, hoher Arbeitslosigkeit und allgemeiner Unsicherheit, Pessimismus und des steigenden Faschismus braucht es die SPD als stabile sozialdemokratische Kraft.

Es bedarf jetzt klarer Haltung, Standhaftigkeit und politischem Rückgrat.